

Bundestagsabgeordneter für das Weserbergland.

Newsletter 5/21

9. März 2021

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde,

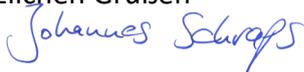
Die Menschen wünschen sich zu Recht die schrittweise Rückkehr in ihren gewohnten Alltag. Gleichzeitig fürchten sie eine dritte Corona-Welle mit all ihren Gefahren für Gesundheit, das soziale Leben und die Wirtschaft. Umso wichtiger war es, dass die Konferenz der Ministerpräsidentinnen und –präsidenten den Menschen eine nachvollziehbare und sichere Perspektive vorgelegt hat, indem sie länderübergreifend Öffnungsschritte festlegt. Die Kriterien für ein solches Konzept sollen dabei auf einer gemeinsamen Grundlage stehen. Wir können eine solide Öffnungsperspektive schaffen, wenn wir möglichst viele Menschen schnell impfen, viel testen und Kontakte nachverfolgen. Das ist der Weg aus der Pandemie. Und dafür muss es einen Plan geben: keine leeren Versprechen, sondern fachlich und organisatorisch abgestimmtes Vorgehen.

Die Pandemie stellt uns als Gesellschaft vor große Aufgaben. Besonders Frauen kümmern sich in Zeiten von Homeoffice, Homeschooling und Kitaschließungen um Vieles gleichzeitig und tragen damit eine Hauptlast in dieser Krise. Die Pandemie hat die Geschlechter-Ungleichheiten noch deutlicher offenlegt, daher muss Gleichstellung gerade jetzt unser Ziel sein. Corona darf hier nicht zum Bremsen werden. Frauen stehen in der Krisenbewältigung in vorderster Reihe. Das ist aber viel zu selten der Fall, wenn es um bezahlte Verantwortung geht, ob in den Pflegeberufen oder in Spitzenpositionen der Wirtschaft. Wir müssen endlich die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland erreichen, das ist kein Schönwetterprojekt. Bei uns gibt es nicht nur Applaus in Krisenzeiten – sondern wir sind dauerhaft Anwältinnen und Anwälte für eine faire Entlohnung, gleiche Beteiligung und Partnerschaftlichkeit in Beruf und Familie.

Der Bundestag hat angesichts des weiterhin dynamischen Infektionsgeschehens in der letzten Sitzungswoche das Fortbestehen der „epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ festgestellt. Grundlage der Regelung ist Paragraph 5 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG), der dem Bundestag erstmals zu Beginn der Corona-Pandemie im März 2020 ermöglichte, die epidemische Lage nationaler Tragweite festzustellen.

Mit dem Gesetz zur Fortgeltung der epidemischen Lage nationaler Tragweite sind auch die Voraussetzungen dafür geschaffen worden, dass dieser Beschluss ab dem Inkrafttreten des Gesetzes längstens für drei Monate besteht. Spätestens dann muss das Parlament erneut über das Fortbestehen beraten und entscheiden. Andernfalls gilt die epidemische Lage nationaler Tragweite als aufgehoben. Das stärkt die Rechte des Parlaments. Bisher galt die Feststellung der pandemischen Lage so lange, bis das Parlament sie wieder außer Kraft setzte. Wir als Parlament haben die Fäden in der Hand. Wir bestimmen, ob eine epidemische Lage vorliegt, und wir machen das nicht mehr für ein Jahr, sondern für drei Monate.

Mit herzlichen Grüßen



Euer Johannes



Inhaltsverzeichnis

- Seite 2** — Rede im Deutschen Bundestag zum Wertpapierhandel
- Seite 3** — Virtuelle Johannisbeerschorle mit den Jusos Holzminden
 - Digitaler Austausch mit dem SPD Ortsverein Holzminden
- Seite 4** — Unser Zukunftsprogramm der SPD
- Seite 5** — Themenausblick Bundestag
- Seite 6** — Digitaler Austausch mit SPD-OVs aus dem Raum Hess. Oldendorf
 - Solidaritätsaktion für Frauen, Kinder und Jugendliche in Belarus

Ihr findet mich auch bei :



REDE IM DEUTSCHEN BUNDESTAG ZUM WERTPAPIERHANDEL



In der letzten Sitzungswoche haben wir in erster Lesung über drei Gesetzentwürfe der Bundesregierung zum Wertpapierhandel im Deutschen Bundestag diskutiert. Wir setzen damit maßgebliche Teile der europäischen Finanzmarktrichtlinien in nationales Recht um. Ehrlicherweise klingen die Gesetzesentwürfe sehr technisch, was aber alle drei Gesetzentwürfe eint, ist, dass sie alle drei einen wichtigen Beitrag zu einem modernen, wettbewerbsfähigen und transparenteren Finanzmarkt in Deutschland leisten. Mit dem Wertpapierinstitutsgesetz wollen wir ein spezifisches

Aufsichtssystem für Wertpapierfirmen etablieren. Das stärkt den Verbraucherschutz und ebenso die Finanzstabilität. Die Regelungen sind dabei so angelegt, dass die Intensität der Beaufsichtigung proportional zur Größe der Wertpapierinstitute ausgestaltet wird. Diese sind im Interesse der Kunden dieser Institute, aber auch im Interesse der allgemeinen Finanzstabilität. Das CBD-Umsetzungsgesetz dient zu der Umsetzung der europäischen Covered-Bonds-Richtlinie. Diese Richtlinie sieht eine Mindestharmonisierung für sogenannte gedeckte Schuldverschreibungen vor. Viele dieser Produkte, wie

bei uns eben der Pfandbrief, verfügen über eine sehr lange Tradition, aber sie sind in den verschiedenen EU-Mitgliedstaaten eben auch sehr unterschiedlich ausgestaltet.

Schließlich wird mit dem Gesetz zur Einführung elektronischer Wertpapiere das deutsche Recht für elektronische Wertpapiere geöffnet. Das ist nicht nur ein zentraler Baustein dieses Gesetzespakets, sondern auch ein Teil der Blockchain-Strategie der Bundesregierung.

Die gesamte Rede findet ihr hier:

<https://www.youtube.com/watch?v=Cs-SJ6lkw9s>

VIRTUELLE JOHANNISBEERSCHORLE MIT DEN JUSOS HOLZMINDEN

Auch mit den Jusos aus dem Unterbezirk Holzminden habe ich mich zu einer virtuellen Johannisbeerschorle getroffen. Wir haben über viele Bundes- und kommunale Themen gesprochen. Auch haben wir festgestellt, dass der regelmäßige Austausch untereinander sehr wichtig ist. Ich freue mich immer sehr, wenn sich besonders junge Menschen politisch engagieren und

mitmachen. Natürlich haben wir über die kommende Kommunalwahl geredet. Schön, dass sich

auch hier viele Jusos engagieren möchten, ich unterstütze dabei sehr gern.



DIGITALER AUSTAUSCH MIT DEM SPD ORTSVEREIN HOLZMINDEN

Digitaler Austausch mit dem SPD-Ortsverein Holzminden. Natürlich haben wir uns intensiv zur leider weiterhin sehr aktuellen Corona-Situation ausgetauscht und über die Auswirkungen auf Schulen und Kitas, auf Wirtschaft, Einzelhandel, auf die Gastronomie und den gesamten Kulturbereich gesprochen. Jeder einzelne von uns wünscht sich, endlich mal wieder persönlich zusammen kommen zu können! Auch über die Koordination der diesjährigen Wahlkämpfe haben wir uns ausgetauscht. Parallel zur Bundestagswahl werden in diesem Jahr bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen auch die Orts-, Stadt-

und Gemeinderäte sowie die Kreistage neu besetzt. In der Stadt Holzminden wird auch ein neuer Bürgermeister oder eine neue Bürgermeisterin gewählt. Hier hat der SPD-Ortsverein be-

reits seine Unterstützung für Christian Belke angekündigt. Ich bin gespannt, was uns das kommende Jahr alles bringt und freue mich über den offenen und anregenden Austausch.



UNSER ZUKUNFTSPROGRAMM DER SPD

Am 1. März 2021 stellten unsere Parteivorsitzenden Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans und unser Kanzlerkandidat Olaf Scholz das Zukunftsprogramm der SPD in Berlin vor. Am 21. März wird es im Parteivorstand beschlossen. Am 9. Mai werden wir dann auf unserem digitalen Parteitag das Programm beschließen.

FÜR EINE GESELLSCHAFT DES RESPEKTS

Wir wollen eine Gesellschaft, die von gegenseitigem Respekt getragen wird, frei von Vorurteilen. Das schaffen wir nur, wenn wir die Würde und den Beitrag aller Menschen in gleicher Weise anerkennen – auch finanziell. Deshalb schaffen wir einen solidarischen Sozialstaat, chancengerechte Bildungsangebote, eine starke Infrastruktur und ordnen



den Arbeitsmarkt so, dass niemand sich allein mit Applaus begnügen muss, sondern alle auf sichere Arbeitsplätze, gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen zählen können.

FÜR EINE LEBENSWERTE ZUKUNFT

Wir wollen Antworten auf die großen Fragen der Zukunft liefern. Deshalb werden wir unsere Produktion ökologisch revolutionieren, unser Gesundheitssystem stark aufstellen, unser Mobilitätssystem zum modernsten Europas machen, die Digitalisierung fair und gerecht gestalten und dabei Einkommen und Perspektiven für alle sichern. Nur gemeinsam machen wir dieses Jahrzehnt zu einem der erneuerbaren Energien, um unser Ziel eines klimaneutralen Landes 2050 zu erreichen.

FÜR EIN SOUVERÄNES EUROPA IN DER WELT

Wir wollen ein souveränes Europa der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Freiheit. Unsere europäischen Werte und Interessen können wir im globalen Wettbewerb nur behaupten, wenn Europa nach innen geeint und nach außen handlungsfähig ist. Nur gemeinsam werden wir das politische und soziale Modell unserer europäischen Demokratien stärken.

Das gesamte Programm findet ihr hier:

<https://www.zukunftfuerdich.de/>



Starke Rechte für Verbraucherinnen und Verbraucher im Darlehensrecht

Wir stärken die Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern beim Abschluss von Darlehensverträgen und bei der vorzeitigen Rückzahlung von Krediten. Die Bundesregierung hat dazu einen Gesetzentwurf zur Änderung des Verbraucherdarlehensrechts vorgelegt, den wir in dieser Woche in erster Lesung beraten. Mit dem Entwurf werden die Vorgaben von zwei Urteilen des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) umgesetzt.

Soweit Verbraucherinnen und Verbraucher ihre Darlehensverbindlichkeiten vorzeitig erfüllen, haben sie künftig ein Recht auf Ermäßigung aller Kosten des Darlehens, entsprechend der verbleibenden Laufzeit des Vertrages.

Außerdem wird das gesetzliche Muster der Informationen für einen Widerruf angepasst: Verbraucherinnen und Verbraucher haben, wenn sie einen Darlehensvertrag abschließen, ein 14-tägiges Widerrufsrecht. Alle dazugehörigen Informationen, wie z.B. die geltende Frist für den Widerruf, müssen künftig vom Kreditinstitut klar verständlich und vollständig aufbereitet werden. Verweist eine solche Information auf Vorschriften des nationalen Rechts, die wiederum auf andere Vorschriften verweisen (sogenannter "Kaskadenverweis"), entspricht

dies nicht den Vorgaben.

Jugendschutz online und offline

Das Internet ist aus dem Alltag von Kindern und Jugendlichen nicht mehr wegzudenken – nicht erst seit den pandemiebedingten Einschränkungen. Mit der veränderten Nutzung gibt es Risiken, die von den bisher geltenden Vorschriften nicht mehr angemessen erfasst werden. Mit ihrem Gesetzentwurf für eine zweite Änderung des Jugendschutzgesetzes will die Bundesregierung diese Lücken füllen.

Demnach sollen Anbieter von Internetdiensten zu Voreinstellungen verpflichtet werden, die Kinder und Jugendliche vor Risiken wie Mobbing, sexualisierter Anmache, Hassrede, Tracking und finanzieller Abzocke schützen. Sie sollen außerdem bei Spielen oder in sozialen Netzwerken nicht mehr einfach von Fremden gefunden und angesprochen werden können.

Um riskante Medien besser erkennen und bewerten zu können, sollen Eltern und pädagogische Fachkräfte mit einheitlichen und aussagekräftigen Alterskennzeichnungen eine klare Orientierungshilfe bekommen.

Zur Durchsetzung der Neuregelungen soll die „Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien“ (BPjM) zur „Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz“ weiterentwickelt werden. Wenn Verstöße festgestellt werden, wird

ein „dialogisches Verfahren“ in Gang gesetzt. Wenn das nicht erfolgreich ist, können weitere Schritte ergriffen werden – als letzte Konsequenz Bußgelder. Der Regierungsentwurf wird in 2./3. Lesung beraten.

Straßenbau zu Gewerbegebieten fördern

Seit 1969 fördert der Bund schwächer entwickelte Regionen im Rahmen der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW). Dadurch werden einerseits schon bestehende Wirtschaftsstrukturen, beispielsweise im Tourismus oder Gewerbe, gefördert. Andererseits werden Forschung und Entwicklung und privatwirtschaftliche Investitionen bezuschusst, damit es sich für Unternehmen auch rechnet, auf die strukturschwachen Standorte zu setzen. Mit der GRW-Förderung konnten Bund und Länder weitreichendes Wachstum und Beschäftigung sichern – und bessere Lebensverhältnisse in ganz Deutschland realisieren.

In Zukunft soll auch Straßenbau förderfähig sein, der Gewerbegebiete an Landes- oder Bundesstraßen anschließt. Bisher ist der teure Bau oft auf die Gemeinde zurückgefallen, die die Kosten nicht stemmen konnte. Dazu beraten wir in 2./3. Lesung einen Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des GRW-Gesetzes.

DIGITALER AUSTAUSCH MIT SPD-ORTSVEREINEN AUS DEM RAUM HESSISCH OLDENDORF



Auch mit einem Teil der Hessisch Oldendorfer Ortsvereine (OV Hohenstein, Hess. Oldendorf-Süntel, Großenwieden-Rhodental & Hess. Oldendorf-Kernstadt) habe ich mich im Rahmen einer virtuellen Johannesbeerschorle getroffen. Es ist einfach gut, sich wenigstens digital treffen zu können. Ich habe wieder—wie bereits bei den anderen Treffen mit den Genossinnen und Genossen—viele über die

Aktiven in den Ortsvereinen erfahren dürfen. Themen waren auch hier Corona, die Impfstrategie und die Kommunal- und Bundestagswahl. Am 29. März um 19.00 Uhr findet ein weiterer Termin mit den Hessisch Oldendorfern statt, wer also beim letzten Mal verhindert war, kann sich gerne bei mir im Wahlkreisbüro melden, dann senden wir zeitnah den Einwahllink zu. Ich freue mich auf Euch!

SOLIDARITÄTSAKTION FÜR FRAUEN, KINDER UND JUGENDLICHE IN BELARUS

Sechs Monate ist es schon her, dass die Bürgerinnen und Bürger von Belarus nach der gefälschten Präsidentschaftswahl auf die Strassen gegangen sind, um für ihre Freiheitsrechte zu demonstrieren. Seitdem reagiert das Regime mit härtesten Repressionen gegen die friedlichen Demonstrantinnen und Demonstranten in Belarus. Die haben nun erneut einen traurigen Höhepunkt erreicht. Laut einem Bericht von Amnesty International werden sogar Kinder inhaftiert und ihren Eltern wird mit Vergeltungsmaßnahmen ge-

droht, wenn sie sich an Demonstrationen beteiligen. Am Montag, dem Internationalen Frauentag habe ich meine Position bezüglich dieser Ereignisse deutlich zum Ausdruck gebracht und habe an der Aktion für Kinder inhaftierter Oppositioneller in Belarus teilgenommen. Ich habe dieses Spielzeug an die Botschaft von Belarus geschickt - verbunden mit der Forderung, die festgenommenen Minderjährigen sofort freizulassen und sowie Drohungen gegenüber Kindern und Jugendlichen sofort zu stoppen. Denn hier werden nicht

nur Menschenrechte, sondern auch die Rechte von Kindern, den Schwächsten in der Gesellschaft, auf brutale Art und Weise verletzt. Das darf nicht so weitergehen!



Büro Hameln
Heiliggeiststraße 2
31785 Hameln
05151 107 33 99

Büro Holzminden
Obere Str. 44
37603 Holzminden
05531 5030

Büro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
030 227 77295

johannes.schraps.wk@bundestag.de

johannes.schraps@bundestag.de

V.i.s.d.P:

Berliner Büro, Johannes Schraps, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Autoren: Heike Beckord, Alexandra Bruns, Lea Feldhaus, Philipp Klein,
Dr. Irina Knyazeva